

# Arbeiterstimme

Lageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang  
Dresden, Dienstag den 12. April 1932  
Nummer 85

## Die Wirtschaftspolitik des „kleineren Übels“ organisieren mit Stegerwald

# Lohn- u. Gehaltsabbau für 3500 000 Arbeiter

Verhandlungen über umfassenden Lohnabbau im Reichsarbeitsministerium . Organisiert unter Führung der Revolu- tionären Gewerkschafts-Opposition Streiklämpfe gegen die Anschläge der Unternehmer und ihrer Gewerkschaftslataien

Im Reichsarbeitsministerium finden heute Verhandlungen zu den neuen Angriffen der Unter- nehmer auf die Tarife statt. Um 10 Uhr verhandeln Stegerwald, Bekantlich sind bis jetzt die Manteltarife Arbeiter und Angestellte gekündigt bzw. abgekauft. Gegen wärtig. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium gehen darum, wie Gewerkschaftsführer und Unternehmer den geplanten Lohnabbau am besten durchzuführen können.

Berlin, 12. April 1932. (Sig. Drahtber.)  
Verhandlungen zu den neuen Angriffen der Unter- nehmer auf die Tarife. Um 10 Uhr verhandeln die Gewerkschaftsführer, um 12 Uhr die Unternehmer mit für 3,5 Millionen und die Lohnrate für 2,8 Millionen weitere Millionen ist der Angriff der Unternehmer eingeleitet. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium gehen darum, wie Gewerkschaftsführer und Unternehmer den geplanten Lohnabbau am besten durchführen können.

## Schlagt alle Feinde der proletarischen Klassenfront!

Entsefelt mit dem roten Volksentscheid die Offensivfront für den Kampf um Arbeit und Brot!

Die SPD-Presse und besonders die „Volkszeitung“ nimmt über den Ausgang der Reichspräsidentenwahl, der zur Wiederwahl Hindenburgs führte, ein großes Siegesgeschrei an. Gleichzeitig verbindet sie damit den Versuch, die klare und entschiedene Klassenpolitik der Kommunistischen Partei vor den Arbeitern zu diskreditieren und unter Ausnutzung des Rückganges der Stimmen des roten Arbeiterkandidaten im zweiten Wahlgang Verwirrung und Zerlegung in die Reihen der Arbeiter hineinzutragen. Das Ziel dieser neuen Hetz- und Lügenkampagne, bei der sich die „Volkszeitung“ in der Anwendung von Kraftausdrücken und Schimpfwörtern, wie „verblödet“, „Schmach und Schande“, „Verkommenheit“, „Kautskistropfen“ usw. überhäuft, hat ebenso wie die gesamte Politik der SPD, alle ihre Gehörten und Lügenmeldungen, sowie Betrugs- manöver, die sie an der Arbeiterfront verübt, nur den Zweck, sich weiter als Hauptkühn der Bourgeoisie zu betätigen. Besonders geht es der lächerlichen SPD im Augenblick darum, die Schiedsregierung in Sachsen vor einem Sturz durch den roten Volksentscheid zu bewahren.

## Mit rotem Volksentscheid führt den ersten Schlag!

Die seit langen Wochen vorbereiteten Angriffe auf Lohn, Gehalt der unteren Angestellten und auf die Arbeits- und Ruhezeiten werden jetzt, nachdem die Bourgeoisie ihren Reichs- präsidenten wieder unter Dach und Fach hat, mit doppelter Wucht vorwärts getrieben. Entsprechend den Forderungen der Sozialisten auf „Bekämpfung des roten Tarifsystems“ werden die Gewerkschaftsführer und die von ihnen isolierte Reichsregie- rung, gemeinsam mit den Völkervertretern die neue große Frontoffensive zur Verschlechterung der Lage der Lohn- und Gehaltsabhängigen durchzuführen.

Die schließlichen Führer der SPD ausgesucht, um den Angriff auf Lohn und Brot erfolgreich durchzuführen.

Heraus aus der falschen Front, Klassenkämpfer! Das Gebot der Stunde ist, gemeinsam mit den revolutionären Betriebsarbeitern und den Proleten der Stempelstellen den außerparlamentarischen Kampf zur Abwehr des Lohn- und Gehaltsabbaus vorzubereiten. Kein Betrieb ohne vorbereitenden Kampf, ausnahmslos, kein Betrieb ohne Belegschaftsoberleitung gegen die neuen Angriffe der Unter- nehmer. In jedem Betrieb wählt sofort Delegierte für den Landeskongress der KPD am 24. April in Chemnitz!

Dazu dient der SPD besonders die Wiederholung des allzu durchsichtigen Schwindels, daß die KPD durch den Volksentscheid „einem nagelstichen Gewaltregime a la Klagges in den Sattel helfen will“. Dieser Schwindel wird auch nicht matter, indem die „Volkszeitung“ nachzuweisen versucht, daß „ein beträcht- licher Teil der von Thälmann abgewanderten 1276 000 Stimmen zu Hitler abgewandert sein muß“. Welchem Zweck diese Behauptung der SPD-Presse, auf die wir weiter unten noch ein-

## Die sächsischen Industriellen an der Spitze der Offensive

Die sächsischen Metallindustriellen und Chemiekapitalisten haben bereits durch Anschlag jene „rote Verzerrung“ mit dem Metall- und Fabrikarbeiterverband bekannt gemacht, wonach den Arbeitern der Metall- und Chemieindustrie vorläufig keine Löhne gewährt werden könnten.

Die schiedsrechtliche Regierung in Sachsen wird auch bei der Durchführung der neuen Angriffe die Arbeiter- schicht wieder eine treue Brunnengasse sein. Am Sonntag 10. April Volksentscheid zur Auflösung des Scheid-Kabinetts. Gegen ihn führt den ersten Schlag! Jeder Betriebsarbeiter geht zur Wahlung und besetzt sich damit zum außerpar- lamentarischen Kampf gegen schließliche Kapitalis- tikator, für den Streik gegen den Lohnabbau. Für den konsequenten Klassenkampf unter Führung der KPD!

## 2 1/2 Jahre Festung für Genossen Scheringer

Reichsgerichtsrat Baumgarten lündet verschärfte Fesselungshaft an . Entschloffen Massen- kurre für die Freilassung Scheringers und aller proletarischen politischen Gefangenen!

Reichsgerichtsrat Baumgarten lündet verschärfte Fesselungshaft an . Entschloffen Massen- kurre für die Freilassung Scheringers und aller proletarischen politischen Gefangenen!

Leipzig, 11. April. (Sig. Drahtber.)  
Heute mittig, kurz nach 12 Uhr, verkündete der Vorsitzende des 4. Straßensatzes des Reichsgerichtes, Reichsgerichts- rat Baumgarten, das barbarische Urteil gegen den Genossen Richard Scheringer wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Vergehens gegen das Republikanengesetz zu 2 Jahren 6 Monaten Festung verurteilt.

Unter Genossen nahm das Urteil mit einem Sähelein entgegen und wurde nach Verlesung der Urteilsbegründung in das Untersuchungsgefängnis abtransportiert, wo er noch einige Tage bleiben wird, bis eine Festung ausfindig ge- macht ist, in der der verschärfte Strafvollzug, wie ihn Baumgarten heute ankündigte, durchgeführt werden kann.

Unternehmer, Gewerkschaften und Schiedsregierung als falsche Brünings, werden gemeinsam Lohn und Gehalt um beträchtliches senken, werden gemeinsam das Arbeits- lohn schmälern und die Ferien liquidieren. Das sind die Er- gebnisse des kapitalistischen Hungerfeldzuges gegen die Verdächtigen, der durch die Politik des „kleineren Übels“ der sozialfaschistischen Gewerkschafts- und SPD-Führer erst ermöglicht wird.

In der einstündigen Urteilsbegründung erklärte Baumgar- ten, daß dem Angeklagten alle mildernden Umstände reiflos zu verjagen seien, weil er wegen Hochverrats bereits verurteilt sei und während der Verbüßung der ersten Strafe schon das zweite „Verbrechen“ begangen habe. Scheringer habe erklärt, er hätte seine Ehrlichkeit vor der Strafe, aber die hätte von ihm als „gebildetem“ Mann erwartet werden müssen!

Das infame Urteil gegen Scheringer, von einer Justiz ge- fällt, die kein Halskettverbrechen bestraft, wird die Völkerver- bewegung der Roten Hilfe nur noch härter entfachen, es wird den Ruf der proletarischen Millionenmassen nur noch lauter erklin- gen lassen. Heraus mit Scheringer! Heraus mit allen proletari- schen politischen Gefangenen!

## Zwölf Reichstwehrojoldaten verhaftet!

In Richard Scheringers Garnison!

Sodann bereitete Baumgarten eine besonders scharfe Hand- habung des Strafvollzugs gegen Scheringer vor, mit der Erklä- rung, daß der Strafvollzug sehr human gewesen sei, in Gollnow nicht so human!

In Richard Scheringers Garnison!  
In Him, der früheren Garnison Scheringers, wurden in letzter Zeit eine Reihe Verhaftungen unter Ausgraben der Reichswehr vorgenommen. Insgesamt sollen zwölf Reichswehrojoldaten verhaftet sein. Diesen Reichswehrojoldaten befinden sich noch hinter Schloß und Kegel.

Die neue Unternehmeroffensive zeigt auch im Gegenseitig zu den demagogischen Lügen einer Führung den Weg des Pa- risismus der deutschen Bourgeoisie, der über die systematische Verschlechterung des Arbeitsrechts in den Betrieben, über den Vorkriegslohnraub geht. Und Wegbereiter dieser faschisti- schen Kapitaloffensive, deren Meilensteine die Notverordnung der Brünningsregierung sind, ist die Politik des „kleineren Übels“ unter Führern, die „eisernen“ Hindenburgfront!

Als strafverschärfendes Moment mochte der Vorsitzende an- kühnen, daß Scheringer nicht aus „vaterländischen Motiven“ gehandelt habe. Mit dieser Behauptung ist der Zweck verbunden, die Wirkung des Uebertretens Scheringers zur KPD und des Vorwurfs auf jene Kreise abzuwälzen, die nach in nationalen Vorurteilen befangen, aber doch ehrlich antifaschistisch einge- stellt und darum nicht weit davon entfernt sind, dem Faschismus den Rücken zu kehren.

Wie einiger Zeit wurden schon drei kommunistische Kaufmän- nern, gegen die von der Staatsanwaltschaft die Verhaftung an- gelegt wegen „Verletzung in der Reichswehr“ erhoben wurden, in- zusammen mit drei Reichswehrojoldaten verhaftet. Über das Er- mittlungsverfahren können sich Staatsanwaltschaft mit Militär- behörden in völliger Einseitigkeit.

Woh bei dem jetzt bevorstehenden Lohnabbau werden die Gewerkschaftsführer alles daran setzen, einen Widerstand gegen den Lohnabbau mit tausend verlogenen Phrasen von „Arbeits- beschaffung und Arbeitslosengeld“ zu brechen und die Gesamtar- beitschaft kampflös den profitgierigen Kapitalisten auszuliefern. Begeißelt endlich, der Weg eurer Führer geht zur schließlichen Verleugung des Lohn- und Gehaltsabbaus vor schrankenlosen Dis- kretur des Finanz- und Industrieorganes. Gegen die Pläne der Kapitalisten kämpft nur die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Unter ihrer Führung macht die Betriebe sofort streikfähig, organisiert den revolutionä- ren Massenkampf, den Widerstand gegen Notverordnungen und Lohnabbau.

Heutig beharrte Baumgarten, Scheringer nicht ins Gefäng- nis schicken zu können: „Der Staat hätte sein Bedenken getas- sen, die Notverordnung vom Oktober 1931 anzuwenden, die die Verurteilung von Hochverrätern auch bei Uebertretungsdelik- ten zu Gefängnisstrafen zuläßt. Da jedoch die Handlungen Scheringers vor jener Notverordnung liegen, bietet sich dazu keine Handhabung.“

Es sollte der Scheringer-Fall trotz der ständigen Bemühungen des Reichsgerichtes in Goetzes Reichswehr lebendig sein?

Die schließlichen Gardes Hitlers haben bei der Durchführung dieser Pläne die Unternehmer und Gewerkschaftsführer die Rolle, als Streikbrechergarde zu fungieren. Sie werden vom Finanzkapital in Ergänzung ihrer sozialen Hauptrolle der sozial-